

3003 Bern, den 22. Mai 1975

p.B.15.21.AU.(9)

VERTRAULICH

Aufzeichnung über die von
Generalsekretär Ernesto Thalmann am 6./7. Mai 1975
mit Generalsekretär Heinrich Haymerle in Wien ge-
führten Gespräche

Teilnehmer auf schweizerischer Seite:

- Herr Botschafter Ernesto Thalmann
Generalsekretär des Eidgenössischen Politischen Departements
- Herr Botschafter Charles Müller
Stellvertretender Generalsekretär des Politischen Departements
- Herr Botschafter Oscar Rossetti
Schweizerischer Botschafter in Oesterreich
- Fräulein Irène Hofer
Botschaftssekretär (Protokoll)

Teilnehmer auf österreichischer Seite:

- Herr Botschafter Heinrich Haymerle
Generalsekretär des österreichischen Aussenministeriums
- Herr Botschafter Ludwig Steiner
Stellvertretender Generalsekretär des Aussenministeriums
- Herr Gesandter Christoph Cornaro
Generalsekretariat des Aussenministeriums
- Herr Gesandter Heinrich Gleissner
Politische Sektion des Aussenministeriums-Westabteilung
- Herr Gesandter Erich Kussbach
Völkerrechtsbüro des Aussenministeriums
- Herr Gesandter Georg Seyffertitz
Wirtschaftspolitische Sektion des Aussenministeriums
- Herr Gesandter Friedrich Zanetti
Abteilung internationale Konferenzen und Organisationen
des Aussenministeriums
- Herr Gesandter Thomas Klestil
Abteilung internationale Konferenzen und Organisationen
des Aussenministeriums
- Herr Legationssekretär Christian Zeileissen
Politische Sektion des Aussenministeriums
- Herr Gerhard Ziegler
Politische Sektion des Aussenministeriums (Protokoll)

Traktanden:

1. Bilaterale Beziehungen (Ueberblick)
2. Spezielle Fragen im internationalen Bereich
 - a) Probleme der Sitzverlegung internationaler Organisationen und Konferenzen
 - b) Wiener Konvention über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu internationalen Organisationen
 - c) Genfer Konferenz über die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts
 - d) Oesterreichisches Konsularabkommen mit der DDR
 - e) Portugal: allfällige Aktionen von EFTA und Europarat
 - f) EFTA
3. Aktuelle internationale Entwicklungen
 - a) Tour d'horizon
 - b) Zypern-Problem: Wiener Gespräche
 - c) Jugoslawien
4. Erfahrungen mit der Energieagentur;
Dialog mit Erdölproduzentenländern
5. K S Z E
6. Europarat

- 3 -

- | | | |
|-------------|--|-------------------------|
| 6. Mai 1975 | Beginn der Gespräche | 10.30 Uhr bis 12.45 Uhr |
| | Fortsetzung | 15.30 Uhr bis 17.00 Uhr |
| | anschliessend Gedankenaustausch
mit Aussenminister Bielka | |
| 7. Mai 1975 | Fortsetzung | 10.00 Uhr bis 11.00 Uhr |
| | anschliessend Besuch der UNO-City | |

1. Bilaterale Beziehungen (Ueberblick)

Beide Seiten stellen erfreuliche Entwicklung der guten Beziehungen in allen Bereichen fest. Die hängigen juristischen Probleme - Kernkraftwerk Rüthi, Haftungsfall SWISSAIR, Art. 2 des österreichisch-schweizerischen Niederlassungsvertrags - werden nur kurz gestreift, da sie materiell von den Rechtsabteilungen beider Ministerien behandelt werden. Hinsichtlich Rüthi erwartet man im österreichischen Aussenamt demnächst die Stellungnahme der Vorarlberger Landesregierung zum Kühlturmbericht. Nach Eingang aller Stellungnahmen wird man sich auf eine zweite Gesprächsrunde mit den schweizerischen Experten vorbereiten. In bezug auf den Niederlassungsvertrag sind sich beide Seiten darüber einig, dass die bereits vereinbarte provisorische Suspendierung von Art. 2 die vernünftigste Lösung darstellt. H. erwähnt Luftraumverletzungen durch schweizerische Militärflugzeuge und erachtet Beibehaltung der bisherigen Praxis als beste Lösung.

Botschafter Steiner bringt die in Aussicht genommenen österreichisch-schweizerischen Parlamentarier-Kontakte zur Sprache. Nachdem in beiden Ländern Parlamentswahlen bevorstehen, ist die Aktivierung dieser Kontakte erst in der neuen Legislaturperiode zu erwarten. T. und H. weisen beide auf die Schwierigkeiten hin, die Aussenpolitik im Parlament richtig zu "verkaufen". Ebenso stellen beide das mangelnde Interesse der Bevölkerung an aussenpolitischen Fragen fest. Nach T. sollte in einer Demokratie gerade auch die Aussenpolitik von einer Zustimmung der Oeffentlichkeit getragen sein. H. geht so weit zu

sagen, dass die Aussenpolitik in Oesterreich der Demokratie entzogen sei. Ein echtes Problem stellt in beiden Ländern das Wirken der Massenmedien, insbesondere des Fernsehens und der Boulevardpresse, im aussenpolitischen Bereich dar, die durch unsachliche Berichterstattung demagogischen Umtrieben und Emotionen Vorschub leisten. Dieser ganze Problemkreis könnte nach Anregung von T. bei einem künftigen österreichisch-schweizerischen Parlamentariertreffen erörtert werden, eventuell auch anlässlich des Besuches von Bundesrat Graber.

H. gibt seiner Freude über diesen für den 8. bis 10. September 1975 vorgesehenen Besuch des Departementschefs Ausdruck. Man wird österreichischerseits bemüht sein, klarzustellen, dass es sich nicht um einen Besuch des Bundespräsidenten, sondern um einen Gegenbesuch Bundesrat Grabers in seiner Funktion als Aussenminister handelt. Die Wahl Salzburgs als Ort der Besprechungen wird diesen Bemühungen entgegenkommen. Der Zeitpunkt der offiziellen Ankündigung des Besuchs soll von uns bestimmt werden.

T. bedankt sich für das wirksame Vorgehen der österreichischen Behörden im Erpresserfall Tasky vom 21. März 1975 und spricht insbesondere dem Oberkommissär Hochenbichler unsere Anerkennung für seine entschlossene Handlungsweise aus.

2. Spezielle Fragen im internationalen Bereich

a) Probleme der Sitzverlegung internationaler Organisationen und Konferenzen

H. resümiert die Baugeschichte der UNO-City und erläutert die beiden Punkte, die für das österreichische Angebot an die UNO zur Uebernahme von Konferenzen und Organisationen massgebend waren: 1. in der UNO-City im Donaupark ergaben sich freie Kapazitäten, da der Raumbedarf der IAEA und UNIDO geringer ist, als ursprünglich vorgesehen. 2. ist es bekannt, dass die UN in New York unter ständigem Platz-

- 5 -

mangel leiden. Der Entscheid liegt nun bei den UN, welche Konferenzen oder Sekretariatseinheiten nach Wien verlegt werden könnten. Oesterreich liegt jede Abwerbung oder Einmischung fern. Man sähe hier am liebsten, wenn kleinere, neu zu gründende Einheiten transferiert würden. Es gehe in keiner Weise um eine Konkurrenzierung Genfs und es liege H. daran, diesbezügliches Misstrauen zu beseitigen.

T. verweist auf die Verpflichtungen, die der Schweiz aus dem Sitzabkommen mit den UN erwachsen und auf die saturierten Verhältnisse in Genf. Man verfolge deshalb schweizerischerseits mit Befriedigung die österreichischen Anstrengungen, einschliesslich der Bauvorhaben, und begrüsse ohne Neid die zunehmende Bedeutung Wiens als Konferenzstadt und Sitz internationaler Organisationen. Man hätte es jedoch schweizerischerseits ungern, wenn gerade eine fest etablierte Organisation wie die ECE verlegt würde.

H. glaubt nicht, dass in New York die Verlegung der ECE zur Diskussion steht, vermutet jedoch, dass die Idee von der UN-Delegation ausging, die kürzlich zu Gesprächen und Besichtigung der UNO-City in Wien weilte. H. glaubt ebenfalls nicht, dass in der Generalversammlung eine Mehrheit für eine Verlegung stimmen würde. Aus österreichischer Sicht wäre diese Verlegung ausserdem nicht wünschenswert, weil sie zum Präzedenzfall werden könnte: in Wien sähe man es auch nicht gern, wenn die zur Sonderorganisation gewordene UNIDO eines Tages wegziehen würde.

In der Frage der Sitzverlegung werden in Wien Ende Juni/Anfang Juli neue Gespräche mit UN-Delegierten auf Ebene der stellvertretenden Generalsekretäre stattfinden.

T. und H. stellen abschliessend ein gegenseitiges Interesse an engerer Zusammenarbeit in diesem ganzen Fragenbereich fest. Die Missionen in Genf und New York sollen im Sinne einer Arbeitsteilung zusammenarbeiten.

./.

- 6 -

- b) Wiener Konvention über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu internationalen Organisationen

Oesterreich beurteilt die Konvention genau so negativ wie wir. Was eine mögliche Ratifikation anbelangt, ist die Haltung noch nicht endgültig fixiert. Unter dem Druck ungünstiger Konsequenzen wäre eine spätere Ratifikation durch Wien mit Vorbehalten denkbar. Ueber die zu formulierenden Vorbehalte herrscht noch keine Klarheit. Vermutlich würden sie sich auf die weitreichenden Privilegien und Schutzbestimmungen für Delegationsmitglieder beziehen.

- c) Genfer Konferenz über die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts

Gesandter Kussbach fasst die österreichische Haltung wie folgt zusammen: Man kann mit dem Ergebnis relativ zufrieden sein, nachdem immerhin 60 % der Zusatzabkommen angenommen wurden. Das langsame Vorgehen machte sich bezahlt und ermöglichte Kompromisse. Es scheint, dass man mit der dritten Session zum Abschluss kommen kann. Als erfreulich wird die positive Haltung des Sowjetblocks zum Zusatzabkommen 1 und 2 gewertet sowie die Tatsache, dass sich die Ostblockstaaten enger an den Entwurf des IKRK hielten als die westlichen Länder.

Am 20. Mai 1975 werden in Wien österreichisch-schwedische Expertengespräche stattfinden. Ein Expertentreffen der drei Neutralen ist für den kommenden Herbst in Aussicht genommen worden.

- d) Oesterreichisches Konsularabkommen mit der DDR

T. orientiert über den bevorstehenden Abschluss eines Wirtschaftsabkommens Schweiz-DDR noch in diesem Jahr. Dieser Schritt habe Vermögensverhandlungen jedoch nicht gefördert. Schwierigkeiten ergeben sich ebenfalls bei Familienzusammenführungen. T. stellt fest, dass wir unter Berufung auf das Wiener Uebereinkommen über konsularische Beziehungen grundsätzlich keine bilateralen Konsularabkommen abschliessen.

./.

*Stimm:
Waffenfragen
Rx*

H.: Oesterreich verfolgt die gleiche Praxis gegenüber Staaten, die dem Wiener Uebereinkommen beigetreten sind. Dies ist aber bei der DDR nicht der Fall. Wien ist mit den bisherigen Erfahrungen zufrieden: Aufgrund des Abkommens konnten bereits verschiedene Härtefälle erledigt werden. Die 10.000 österreichischen Doppelbürger in der DDR können nun den Schutz und die Rechte eines ausländischen Staatsbürgers beanspruchen. Der Wirtschaftsverkehr mit der DDR ist lebhaft. Vermögensverhandlungen sind momentan nicht vorgesehen.

e) Portugal: allfällige Aktionen von EFTA und Europarat

EFTA: Oesterreich möchte finanzielle Hilfe an Portugal über EFTA leiten. Für weiteres Vorgehen müsse der Bericht des EFTA-Generalsekretärs über seine Erkundungen in Portugal abgewartet werden. Die Schweiz steht einer gemeinsamen EFTA-Aktion zugunsten Portugals grundsätzlich positiv gegenüber. Angesichts der unsicheren politischen Lage dürfte jedoch die schweizerische Privatwirtschaft zur Zeit nur schwer zu Investitionen in Portugal zu bewegen sein.

Europarat: Botschafter Müller hält fest, dass Portugal die Bedingungen zur Aufnahme nicht erfüllt. Eine Abweichung vom Europaratstatut wäre als Präzedenzfall sehr gefährlich. Dagegen sollte der Europarat direkte Hilfe leisten.

Auf österreichischer Seite sähe man in der Mitgliedschaft Portugals gerade ein wirksames Mittel, die antidemokratischen Strömungen in diesem Lande zu bekämpfen. Im Europarat sollte man nicht rein formal denken, sondern müsste ein provisorisches Statut für Spezialfälle vorsehen. Oesterreich würde eine diesbezügliche mutige Initiative des Europarates begrüßen.

f) EFTA

Kandidatur für Generalsekretär EFTA: Auf die Frage, ob die Schweiz nach dem Rücktritt von Generalsekretär Rabæus zu kandidieren beabsichtige, antwortete T., dass noch kein diesbezüglicher Beschluss vorliegt. Sollte es zu einer schweizerischen Kandidatur kommen, bitten wir um Unterstützung durch Oesterreich. Gesandter Seiffertitz weist darauf hin, dass Schweden mit einer schweizerischen Kandidatur rechnet.

3. Aktuelle internationale Entwicklungen

a) Tour d'horizon

USA/Ereignisse in Vietnam: T. weist auf die Machtverschiebung nach der Niederlage der USA hin sowie auf den Zerfall der Autorität der amerikanischen Regierung. Die Situation ist für Westeuropa und für die kleinen Staaten beunruhigend. H. sieht ebenfalls das Gleichgewicht in Frage gestellt, auf dem bisher die Sicherheit beruhte. In den USA herrsche zur Zeit eine Führungskrise.

Portugal: T. beurteilt das Ergebnis der Wahlen relativ optimistisch, die weitere Entwicklung sei aber noch völlig offen. Nach Meinung von H. ist die sozialistische Mehrheit der Zurückhaltung Moskaus zu verdanken, das die Kommunisten zurückgebunden hat.

Krisenherde Mittlerer Osten - Griechenland/Türkei - Südeuropa: Prognosen über die Lösung des Nahostkonflikts sind kaum möglich. H. hebt den ägyptischen Wunsch, eine Konfrontation zu vermeiden, als einzigen Lichtblick hervor. Gemäss T. könnte Griechenland/Türkei wegen der Zypern-, Aegäis- und Oelfrage zum nächsten Krisenherd werden. Auch H. schätzt die Situation in diesen beiden Ländern als sehr explosiv ein. Sie wird durch die wirtschaftliche Lage noch verschärft (Heimkehr der Gastarbeiter). Griechenland und die Türkei brauchen europäische Unterstützungsaktion. In

- 9 -

Südeuropa hat die Labilität zugenommen. H. fragt sich, warum der Osten diese Schwächen nicht ausnützt.

Indochina: Nachdem sowohl die Schweiz als auch Oesterreich nur Staaten und keine Regierungen anerkennen, stellt sich die Frage nach der Anerkennung der neuen Regimes in Phnom Penh und Saigon nicht. T. informiert über unsere Sondierungen hinsichtlich der Weiterführung der diplomatischen Beziehungen: Es sind bisher weder Reaktionen aus Peking (für Kambodscha) noch von seiten der GRP-Delegation in Genf (für Südvietsnam) eingetroffen. Die Botschaften Khmers und Südvietsnams in Bern sind von uns vorsorglich geschlossen worden.

Oesterreich hat mit der Revolutionsregierung über Budapest Kontakt aufgenommen. Eine Reaktion steht ebenfalls noch aus.

Nach unserer Haltung betreffend die Zulassung von Vertretern der beiden neuen Regimes zu internationalen Organisationen befragt, antwortet T., dass wir vorderhand Stimmenthaltung üben würden.

Vietnam-Flüchtlinge: Die Schweiz und Oesterreich haben die Bitte der Amerikaner um Aufnahme von Flüchtlingen erhalten. Schweizerischerseits wird man in dem Sinne antworten, dass sich zur Zeit schon 1000 vietnamesische Studenten in der Schweiz befinden, denen wir auf Wunsch Asyl gewähren werden. In Oesterreich ist eine positive Antwort zu erwarten. Es wird sich jedoch quantitativ eher um eine Geste handeln. In Oesterreich leben praktisch keine Vietnamesen.

b) Zypern-Problem: Wiener Gespräche

H.: Bei den Wiener Gesprächen unter der Leitung von Waldheim sind keine substantiellen Fortschritte erzielt worden. Waldheim musste insistieren, damit überhaupt in der relativ unwesentlichen Flugplatzfrage eine Einigung (Wiedereröffnung des Flugplatzes) möglich war. Das persönliche Verhältnis

./.

zwischen Denktasch und Klerides ist ausgesprochen gut, genügt aber nicht zur Erzielung von Fortschritten. Als einzige Möglichkeit zeigt sich eine bizonale Lösung ab, wobei Grösse und Qualität der Zonen noch völlig offen sind. Das Flüchtlingsproblem wurde nicht behandelt. Weitere Resultate der Gespräche: 1. Einsatz einer Expertenkommission in Zypern, die aber ohne eigentliches Mandat nicht viel ausrichten kann. 2. Wiederaufnahme der Zyperngespräche vom 5. bis 8. Juni 1975 in Wien.

c) Jugoslawien

H.: Während der Normalisierungsprozess in den österreichischen Beziehungen mit der CSSR nach Abschluss des Vermögensvertrages erfolgreich weitergeht, haben sich die Beziehungen mit Jugoslawien in letzter Zeit verschlechtert. In den 60er Jahren war die Normalisierung mit Jugoslawien weit fortgeschritten und noch 1967 stellte Tito bei einem Besuch ausdrücklich die gute Behandlung der slowenischen Minderheiten in Oesterreich fest. Zur Verschlechterung des Klimas leitete der sogenannte Ortstafelkrieg von 1968 ein, der in Kärnten zu sehr starken Emotionen führte. Nach Meinung von H. war aber in den letzten Jahren in erster Linie folgendes Element an der weiteren Verschlechterung der Beziehungen schuld: Die österreichischen Massenmedien haben durch häufige Spekulationen um die post Tito-Aera sowie durch tendenziöse Berichterstattungen über sowjetische Einmarschpläne zu einer starken Verunsicherung der öffentlichen Meinung in Jugoslawien geführt. Auch gewisse neonazistische Tendenzen und Demonstrationen internationaler Ustascha-Bewegungen in Kärnten wirkten in ähnlicher Weise. Um dieser Verunsicherung entgegenzuwirken, versucht Jugoslawien mit allen Mitteln, ein österreichisches Feindbild zu schaffen. Der mangelnde politische Wille Jugoslawiens, zu einer Versöhnung mit Oesterreich zu gelangen, sieht man auch darin, dass es bisher nicht möglich war, hängige Probleme wie die Restitution von Kulturgütern und die Archivfrage einer Lösung zuzuführen.

Botschafter Steiner stellt fest, dass die Reaktionen der osteuropäischen Staaten auf die antiösterreichische Kampagne Jugoslawiens in der Minderheitenfragen sehr zurückhaltend sind, dass jedoch die jugoslawischen Angriffe gegen Ustascha-Umtriebe und Neonazismus in Kärnten in der östlichen Presse jedesmal auf ein lebhaftes Echo stossen. Von österreichischer Seite wird man versuchen, in der Restitutions- und Archivfrage weiterzuverhandeln.

Nach seiner Beurteilung der post Tito-Aera befragt, meint H., dass zunächst nichts geschehen wird und sich bestimmte Tendenzen erst nach einiger Zeit zeigen werden. Die UdSSR habe kein Interesse, ihre Entspannungspolitik durch einen Ueberfall auf Jugoslawien aufs Spiel zu setzen. Das heisst aber nicht, dass sie ihre Einflussnahme im Hinblick auf die Eingliederung Jugoslawiens in den Ostblock aufgeben wird. Intern sind in Jugoslawien die zentrifugalen Kräfte sehr gross, ebenso das Gefälle in der wirtschaftlichen Entwicklung. Eventuell könnte es nach Tito zunächst zu einer kollektiven Führung kommen.

4. Erfahrungen mit der Energieagentur; Dialog mit Erdölproduzentenländern

T. führt den Misserfolg oder halben Erfolg der Pariser Konferenz u.a. auf die mangelnde Vorbereitung der westlichen Länder und auf die Zwitterstellung Frankreichs zurück. Seitens der Entwicklungsländer besteht der Wunsch nach Fortführung des Dialogs. Die "Sieben" haben sich als ausserordentlich kohärent erwiesen. Zum weiteren Fahrplan: Die IEA kann nicht gleichzeitig alle Probleme behandeln. Für Rohstofffragen sind andere Gremien zuständig. Unseres Erachtens müssen die Energieprobleme gesondert behandelt werden. T. erwähnt zwei wichtige Initiativen des Direktionsrates der IEA: 1. den Auftrag an das Komitee Jolles, die Rohstofffrage zu studieren, was eine günstige psychologische Wirkung haben kann. 2. die Anregung zu

bilateralen Kontakten zwischen der österreichischen Delegation und der in Wien ansässigen OPEC.

Die österreichischen Gesprächspartner beurteilen die Pariser Konferenz und die IEA im wesentlichen gleich wie wir. Zur Ratifikation des IEA-Abkommens: Die Ratifikationsvorlage ist vom österreichischen Ministerrat am 29. April 1975 verabschiedet worden und wird nun an das Parlament weitergeleitet, wo sie gleichzeitig mit dem Energieversorgungsgesetz behandelt werden soll. Die parlamentarische Behandlung dürfte noch vor Ablauf der inzwischen verlängerten Ratifikationsfrist abgeschlossen sein.

Die Kontaktnahme zwischen der österreichischen Delegation und der OPEC hat noch nicht stattgefunden, da die Zustimmung Bundeskanzler Kreisky zu diesen Sondierungen noch nicht vorliegt.

Schweizerischerseits zeigen wir uns an Informationen über die Ergebnisse dieser Kontakte besonders interessiert, gerade auch im Hinblick auf die Arbeiten im Komitee Jolles.

Welche Entwicklungen zeichnen sich im Dialog mit den Erdölproduzentenstaaten und den Entwicklungsländern ab? Es scheint, dass letztere neue Initiativen eher von seiten der Industriestaaten, insbesondere von Frankreich, erwarten. H. hält es für möglich, dass sich eine Initiative aus den bilateralen Kontakten Oesterreichs mit OPEC ergeben könnte. Die einstweilen negative Haltung Algeriens gegenüber direkten Kontakten zwischen OPEC und IEA sei allerdings bekannt. Gerade auch im Licht der UNIDO-Konferenz in Lima und der Rohstoff-Sonderkonferenz der UN sieht man auf österreichischer Seite ein, dass die Interessen und Probleme der Entwicklungsländer global behandelt werden müssen. Eine ausschliessliche Beschränkung auf Energiefragen würde nur zu einem noch engeren Zusammenschluss dieser Länder führen. Die Frage der Priorität des Energieproblems könne diskutiert werden.

T. könnte sich einen vernünftigen Approach des ganzen Problemkreises so vorstellen, dass Fragen herausgeschält und diskutiert würden, in welchen ein Konsens möglich erscheint.

Wie beurteilt Oesterreich die Einstellung der Sowjetunion zum Energieproblem? Nach Meinung von H. befindet sich die UdSSR in einem Dilemma. Sie müsse aus ideologischen Gründen für die Entwicklungsländer eintreten, obwohl sie in der Energiefrage eigentlich im Boot der westlichen Länder sitze.

5. K S Z E

Der Gedankenaustausch zwischen T. und H. ergibt Uebereinstimmung in den meisten Punkten: Auch Oesterreich ist nicht optimistisch in bezug auf Abschluss der zweiten Phase im Juli und möchte Zeitnot vermeiden. Da verschiedene Länder auf Abschluss drängen, wird man zumindest im späteren Sommer damit zu rechnen haben. Eine bremsende Wirkung kann von den Entwicklungen in Vietnam und Zypern ausgehen. Auch Oesterreich ist gegen die französische Formel betreffend Respektierung von Rechten und Pflichten. Korb 3 wird ebenfalls als Entspannungstest gewertet; die öffentliche Meinung ist auch in Oesterreich in dieser Hinsicht stark sensibilisiert. Der Formel betreffend Grenzveränderungen kann Oesterreich zustimmen. Von den confidence building measures verspricht man sich nur einen psychologischen Effekt. In der Frage der Schlussdokumente geht man mit der Schweiz einig.

Follow up der KSZE: Pause von einem Jahr ist auch für Wien zu kurz. Wien wünscht auch kein festes Organ, aber es müsste für die Zukunft doch ein möglichst flexibles Instrumentarium für das Follow up geschaffen werden.

- 14 -

T. gibt zu bedenken, dass die neue schwedische Linie zugunsten einer Periodizität einer Institutionalisation gleichkäme und den osteuropäischen Staaten den Vorwand zur Errichtung eines Sekretariats liefern würde.

Wunschlösung RA

Aus osteuropäischen Reaktionen auf die Frage des Follow up hat Botschafter Steiner den Eindruck erhalten, dass die Ergebnisse der KSZE dem Osten - namentlich im Bereich von Korb 3 - mehr zu schaffen machen werden, als man annehmen könnte. Oesterreichischerseits sieht man die Möglichkeit, auch in bilateralen Regelungen gewisse Konferenzergebnisse praktisch anzuwenden. Gerade in den gemischten Kommissionen könnte man aus den vom Osten gemachten Konzessionen etwas herausholen oder zumindest das Pochen auf die Ergebnisse der KSZE als taktisches Mittel verwenden. Der Westen müsste möglichst oft von dieser "Mahnungsmöglichkeit" Gebrauch machen.

T. begrüsst den Vorschlag von H. betreffend einen Gedankenaustausch zwischen den drei Neutralen, um eine gemeinsame Linie in der Frage des Follow up zu finden.

6. Europarat

Beide Seiten sind sich einig, dass die seinerzeit von Dr. Kirchschräger angeregten periodischen Konsultationen gerade für die Nicht-EWG-Staaten notwendig und wichtig sind, um sich gegen die Neun zu behaupten. Beide wünschen keine Institutionalisation der Gespräche. Die Konsultationen sollten nicht auf Ebene der Delegierten, sondern des Ministerrates selbst oder der Beamten in den Aussenämtern geführt werden. Botschafter Steiner sieht technische Schwierigkeiten in bezug auf die Ministerebene und gibt dem Kontakt auf Beamtenebene mehr Chance. Es besteht die Gefahr, dass regelmässige Konsultationen für die Mitglieder der Gemeinschaften im Europarat keine Verpflichtung darstellen würde. Neben dem von französischer Seite nicht erwünschten Gesprächsthema "Atlantischer Dialog" gibt es für die Konsultationen viele andere Themen: So sollte das Follow up der KSZE auch in Strassburg ständig auf der Traktandenliste stehen, nicht nur bei den Neun.

(I. Hofer)